

A Service of



Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Leibniz Information Centre

Horn, Gustav A.; Behncke, Stefanie

Article

Deutschland ist keine Basarökonomie

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Horn, Gustav A.; Behncke, Stefanie (2004): Deutschland ist keine Basarökonomie, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 71, Iss. 40, pp. 583-589

This Version is available at: https://hdl.handle.net/10419/151328

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Wochenbericht

Königin-Luise-Straße 5 14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0 Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de postmaster@diw.de

DIW Berlin

 \mathbb{X}/\mathbb{Y}

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Deutschland ist keine Basarökonomie

Gustav Horn ghorn@diw.de

Stefanie Behncke s.behncke @t-online.de In jüngster Zeit wird vielfach die These aufgestellt, dass sich Deutschland von einer Industrieökonomie zu einer so genannten Basarökonomie wandele, in der Güter verschiedenster Provenienz vertrieben, aber nur noch wenige hergestellt würden. Die Ursache dafür seien die zu hohen Lohnkosten in Deutschland, die die Unternehmen vor die Wahl stellten, entweder in Konkurs zu gehen oder die Produktion ins Ausland zu verlegen. Während die Fertigung eines Produkts dann in Niedriglohnländern erfolge, würden in Deutschland wie auf einem Basar lediglich noch der Vertrieb und der Verkauf stattfinden, wofür nur wenige Arbeitskräfte benötigt würden. Vor diesem Hintergrund seien die deutschen Exporterfolge kein Indikator für eine hohe Wettbewerbsfähigkeit, da ein Großteil dieser Güter nur eine Durchfuhr importierter Vorleistungen darstelle. Diese Argumentation ist nicht haltbar. Es lässt sich vielmehr zeigen, dass die durch Außenhandel verursachte Wertschöpfung in Deutschland im Trend der vergangenen Jahre sogar gestiegen ist.

Die Hypothese einer "Basarökonomie Deutschland" gründet sich auf einer sektoralen Analyse der Wertschöpfungsentwicklung. Der Anteil der Bruttowertschöpfung¹ des verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ist seit den 70er Jahren in Deutschland gesunken.² Dies deutet auf einen Strukturwandel hin, in dem der Industriesektor an Bedeutung verliert. Ferner ist von 1995 bis 2002 eine Divergenz zwischen der Wachstumsrate des realen Produktionswertes im verarbeitenden Gewerbe (18.5%) und der realen Bruttowertschöpfung (4,6%) zu verzeichnen. Folglich ging die Wertschöpfungsquote³ des verarbeitenden Gewerbes zurück. Der Anteil der sektoreigenen Produktionsleistung am nominalen Produktionswert sank von etwa 40 % (1999) auf gut 33 % (2001). Das bedeutet, dass immerhin zwei Drittel des vom verarbeitenden Gewerbe erzeugten Produktionswertes auf von anderen Sektoren oder aus dem Ausland bezogenen Vorleistungen entfallen. Darüber hinaus sind die vom Ausland importierten Vorleistungen "überproportional" gestiegen. So waren 1995 gut 23 % aller Vorleistungen Importe und im Jahre 2000 bereits knapp 30%.

Auch ist die Arbeitsproduktivität im verarbeitenden Gewerbe mit 14 % von 1995 bis 2003 stärker gewachsen als die Bruttowertschöpfung, so dass die steigende Arbeitsproduktivität nicht beschäftigungsneutral, sondern von einem Abbau an Arbeitsplätzen begleitet war. Daraus wird von den Verfechtern der Basarökonomiethese abgeleitet, dass der Rückgang der Beschäftigung im ver-

Nr. 40/2004

71. Jahrqanq / 30. September 2004

Inhalt

Deutschland ist keine Basarökonomie Seite **583**

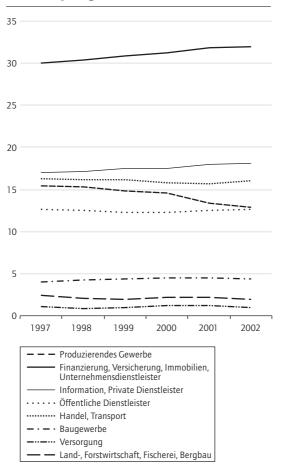
¹ Bruttowertschöpfung besteht aus dem Produktionswert abzüglich der dafür eingesetzten Vorleistungen.

² Reinhard Hild: Wertschöpfung und Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe. In: ifo Schnelldienst, Nr. 7/2004, S. 19–27.

³ Wertschöpfungsquote = sektoreigene Produktionsleistung/nominaler Produktionswert des Sektors



Anteile der Sektoren an der realen Bruttowertschöpfung in den USA 1997 bis 2002



Quelle: Bureau of Economic Analysis.

DIW Berlin 2004

arbeitenden Gewerbe von knapp 8,5 Mill. (1995) auf 7,75 Mill. (2003) nicht auf ein unzureichendes Produktionswachstum, sondern auf eine sinkende Wertschöpfungsquote zurückzuführen sei; mehr als die Hälfte dieses Effekts ergebe sich aus den gestiegenen Vorleistungsimporten.

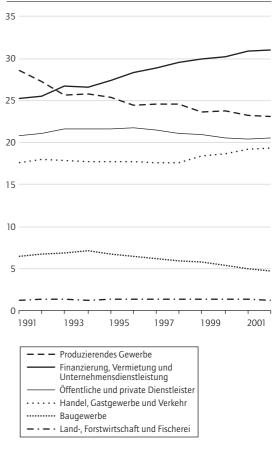
Ein Vergleich mit den USA

Ein Vergleich mit der US-amerikanischen Wirtschaftsstruktur zeigt, dass der Industriesektor, hier gemessen an der Entwicklung des produzierenden Gewerbes, gleichfalls an Bedeutung verliert (Abbildungen 1 und 2). Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es Unterschiede sowohl in der Definition der einzelnen Branchen als auch im Hinblick auf die statistische Erfassung der Daten gibt, so dass der Vergleich grob bleiben muss.

Das produzierende Gewerbe wies 2003 in Deutschland mit 23 % einen größeren Anteil an der realen Bruttowertschöpfung auf als in den USA (14 %).

Abbildung 2

Anteile der Sektoren an der realen Bruttowertschöpfung in Deutschland 1997 bis 2002



Im Jahre 1991 hatte es in Deutschland noch 29% betragen. In den USA, für die nur konsistente Daten ab 1997 zur Verfügung stehen, betrug er 1997 nur 15%. Der Industriesektor spielte damit für die US-amerikanische Wirtschaftsstruktur schon in den 90er Jahren eine deutlich geringere Rolle als in Deutschland.

DIW Berlin 2004

Ouelle: Statistisches Bundesamt

Es weist aber nicht nur der geringer werdende Anteil des Industriesektors an der Bruttowertschöpfung auf eine abnehmende Bedeutung der Industrie in Deutschland hin, sondern auch die sinkende Wertschöpfungsquote. Sie ist in Deutschland von 40 % im Jahre 1990 auf gut 33 % im Jahre 2001 gefallen. In den USA stieg sie hingegen von 33 % im Jahre 1997 auf 35 % im Jahre 2002. Damit ist die sektoreigene Leistung der Industrie in den USA im Jahre 2001 größer gewesen als in Deutschland. In den USA sind im Jahre 2002 also 65 % des vom produzierenden Gewerbe erzeugten Produktionswerts auf bezogene Vorleistungen entfallen, während dies in Deutschland im Jahre 2001 knapp 67 % waren.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sowohl in den USA als auch in Deutschland der größte Anteil der realen Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor erfolgt (Abbildung 3). Das produzierende Gewerbe trägt in beiden Ländern nur in geringerem Maße zur Bruttowertschöpfung bei. Der Industriesektor hat jedoch in Deutschland eine erheblich größere Bedeutung als in den USA.

Gleichwohl können der sinkende Anteil des produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung und die sinkende Wertschöpfungsquote in Deutschland als eine Annäherung der deutschen an die amerikanische Wirtschaftsstruktur interpretiert werden.

Industriesektor nicht entscheidend

Ohne Zweifel ist die sinkende Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe in Verbindung mit den steigenden Vorleistungen und damit auch teilweise mit den steigenden Vorleistungsimporten zu sehen. Dies ist durchaus ein Indiz dafür, dass deutsche Unternehmen einen Teil ihrer Produktion ins Ausland verlagern. Marin et al.4 befragten 420 deutsche Unternehmen mit Investitionen in Osteuropa und finden, dass besonders in den baltischen Staaten und der Slowakei Tochtergesellschaften Güter zu ihrer deutschen Muttergesellschaft exportierten. Häufig werden auch Beispiele aus der Automobilindustrie herangezogen. Allerdings ist es keine besonders überraschende Folge der Liberalisierung, dass Unternehmen Faktorpreisdifferenzen ausnutzen. Es ist auch nicht überraschend, dass sich diese Tendenzen angesichts der verstärkten Liberalisierung des innereuropäischen Handels beschleunigen.5

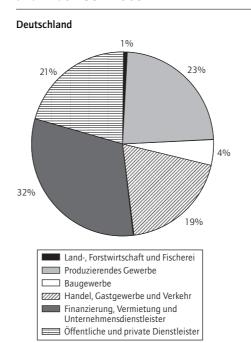
Aber selbst wenn im Industriesektor teilweise eine Auslagerung ins Ausland stattfindet, ist dies nicht gleichbedeutend mit der Herausbildung einer Basarökonomie. Denn diese Ergebnisse beziehen sich nur auf einen – wenn auch wichtigen – Sektor. Eine adäquate Betrachtung der Hypothese erfordert jährlich eine gesamtwirtschaftliche Analyse. Richtig ist, dass weder Exporte noch der Leistungsbilanzsaldo geeignete Indikatoren zur Beantwortung dieser Frage sind. Stattdessen sollte der Außenbeitrag betrachtet werden.

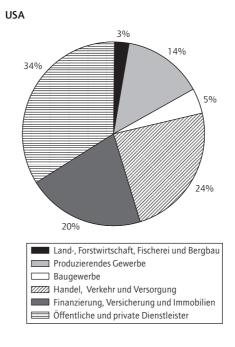
Außenbeitrag zeigt Wertschöpfung durch Außenhandel

Ausgangspunkt der folgenden Analyse ist das Argument, steigende Exporte dürften nicht als zunehmende Wettbewerbsfähigkeit interpretiert werden, da in den Exportstatistiken die Wertschöp-

Abbildung 3

Reale Bruttowertschöpfung in Deutschland und in den USA 2003





Quellen: Statistisches Bundesamt; Bureau of Economic Analysis.

DIW Berlin 2004

fungsanteile von aus dem Ausland bezogenen Vorleistungen nicht erfasst werden. Damit wird der

- 4 Dalia Marin, Andzelika Lorentowicz und Alexander Raubold: Ownership, Capital or Outsourcing: What Drives German Investment to Eastern Europe? In: Münchner wirtschaftswissenschaftliche Beiträge. München 2002.
- 5 Insofern überrascht Sinns Erwiderung an seine Kritiker, er habe nur die abnehmende Fertigungstiefe aufzeigen wollen. Vgl. Hans Werner Sinn: Basarökonomie Deutschland. In: Financial Times 17. September 2004.

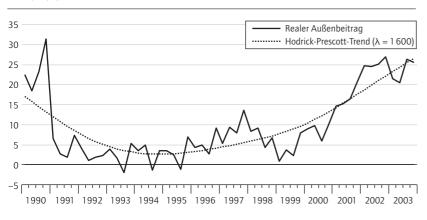
Kasten

Trendmäßige Entwicklung des Außenbeitrags

Abbildung K-1

Realer Außenbeitrag und sein Trend 1990 bis 2003, ermittelt mit dem Hodrick-Prescott-Filterverfahren

In Mrd. Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.1, 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Im Folgenden soll die trendmäßige Entwicklung des Außenbeitrags sowohl in absoluten Werten als auch in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ermittelt werden. Die Modellierung eines linearen Trends ist die einfachste Methode, die hierzu benutzt werden kann. Sie darf aber nur angewendet werden, wenn der Außenbeitrag eine stationäre Zeitreihe ist, d. h. sein Erwartungswert, seine Varianz und Kovarianz zeitunabhängig sind. Mithilfe eines ADF-Tests (Augmented-Dickey-Fuller-Test) kann überprüft werden, ob der reale Außenbeitrag stationär ist. Verschiedene Methoden wurden verwendet, um herauszufinden, ob der Außenbeitrag in den vergangenen Jahren einen Trend aufweist oder nicht. Es ist klar ersichtlich, dass der Außenbeitrag spätestens seit 1995 einen klaren Aufwärtstrend hat. Dieses Ergebnis lässt sich bei Verwendung saisonbereinigter Daten und mit einem Datensatz für den westdeutschen Außenbeitrag von 1970 bis 2003 bestätigen. Diese Resultate erweisen sich gegenüber Veränderungen von Parametern wie der unterstellten üblichen Dauer eines Zyklus als robust.

Die Höhe des Außenbeitrags hängt auch von der Größe der Volkswirtschaften ab. Es könnte also sein, dass sein Anstieg ein zum Inlandsprodukt proportionales Wachstum ist. Daher wird zusätzlich der Trend der Relation des Außenbeitrags zum Bruttoinlandsprodukt untersucht. Es zeigt sich erneut, dass diese Größe aufwärts gerichtet ist (Abbildung K-2).

Testet man die Hypothese der Stationarität des Außenbeitrags in einem Modell mit Trend,¹ so erhält man folgende Schätzwerte und t-Statistiken, die hier in Klammern angegeben werden:

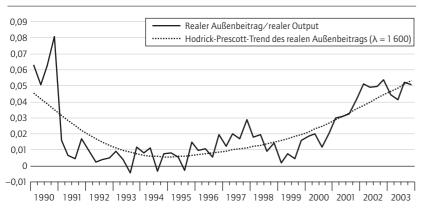
$$\Delta AB_t = -1.18 - 0.22 AB_{t-1} + 0.11 Trend - 0.18 \Delta AB_{t-3} + 0.29 \Delta AB_{t-3}$$

 $(-1.16) (-2.63) (2.47) (-2.18) (3.32)$

Abbildung K-2

Relativer Außenbeitrag und sein Trend 1990 bis 2003, ermittelt mit dem Hodrick-Prescott-Filterverfahren

In Mrd. Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18,

Reihe 1.1, 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Hierbei stellt Δ die Differenz und Trend den Trend des Außenbeitrags dar. Die kritischen Werte für eine Schätzung mit Trend und Konstante sind -4,14 (1 %), -3,44 (5 %) und -3,17 (10 %). Da -2,36 absolut kleiner als diese ist, darf die Nullhypothese von Instationarität auch zum 10 %-Signifikanzniveau nicht abgelehnt werden. Der reale Außenbeitrag ist also keine stationäre Zeitreihe. Ein ADFTest auf Stationarität der ersten Differenz des Außenbeitrags ergibt, dass er ein I (1)-Prozess mit Drift ist. Der Außenbeitrag weist im Mittel einen Trend mit positiver Steigung auf.

Die Robustheit dieses Ergebnisses wird im Folgenden mit zwei Filterverfahren überprüft. Mit deren Hilfe kann die strukturelle Komponente einer Zeit-

¹ Ein anschließender Waldtest zeigt, dass der Trend signifikant und das Modell nicht fehlspezifiziert ist.

² Robert J. Hodrick und Edward C. Prescott: Postwar U.S. Business Cycles: An Empirical Investigation. In: Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 29, No. 1 1997, S. 1–16.

reihe von ihren zyklischen Schwankungen bereinigt werden. Man kann also untersuchen, ob es tatsächlich eine positive Entwicklung des Außenbeitrags gegeben hat oder sein Anstieg allein auf eine zyklische Schwankung zurückzuführen ist. Im Folgenden wird ein Hodrick-Prescott-Filter verwendet.²

Der Vorteil des Hodrick-Prescott-Verfahrens gegenüber einem einfachen linearen Trend ist, dass erstens Trend und zyklische Schwankungen miteinander korrelieren dürfen und dass er zweitens auch bei instationären Zeitreihen angewendet werden kann. Nachteile des Hodrick-Prescott-Verfahrens sind, dass erstens die Wahl des Glättungsparameters λ den Verlauf der zyklischen Komponente (Minima, Maxima, Wendepunkt und Varianz) beeinflusst. Zweitens beeinträchtigt der Moving-Average-Charakter des Filters die Schätzung am Ende des Datensatz, die stark von neuen Informationen abhängt und damit einseitig wird.

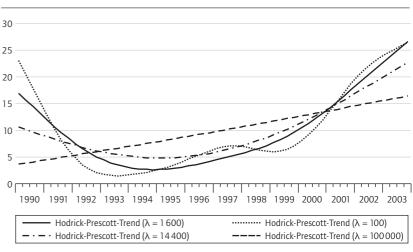
Wendet man den Hodrick-Prescott-Filter auf den realen Außenbeitrag und auf den realen Außenbeitrag in Relation zum Bruttoinlandsprodukt an, so erhält man für den für Quartalsdaten vorgeschlagenen Wert von $\lambda = 1600$ folgende Schätzung (Abbildungen K-1 und K-2). Unabhängig von der Wahl des Glättungsparameters λ zeigt sich ein steigender Trend des realen Außenbeitrags (Abbildung K-3). Es wird ersichtlich, dass man die Stärke des Trends unterschätzt, wenn man als Restriktion einen linearen Trend auferlegt. Die häufig kritisierte Willkür in der Wahl von λ stellt bei dieser Art von Untersuchung kein Problem dar. Nur der Trend des Außenbeitrags ist relevant, während der Verlauf der zyklischen Komponente keinen weiteren Aufschluss für die postulierte Basarökonomie gibt.

Eine andere Möglichkeit, den Trend des Außenbeitrags zu isolieren, besteht in der Anwendung eines Band-Pass-Filters, z. B. dem Baxter-King³-Filter. Ein solcher zerlegt eine Zeitreihe in Schwingungen unterschiedlicher Frequenz. Sehr kurze Schwingungen werden als saisonale, etwas längere als Konjunktur und sehr lange als Trend interpretiert. Während Baxter und King für das Bruttoinlandsprodukt einen Konjunkturzyklus zwischen 6 und 32 Quartalen vorschlagen, ist es a priori nicht klar,

Abbildung K-3

Hodrick-Prescott-Trend des realen Außenbeitrags mit verschiedenen λ 1990 bis 2003

In Mrd. Euro



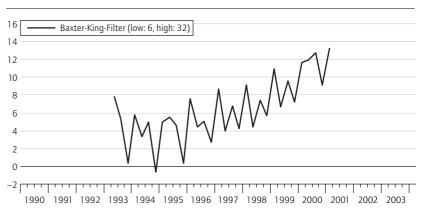
Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.1, 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Abbildung K-4

Trend des realen Außenbeitrags 1990 bis 2003, ermittelt mit dem Baxter-King-Filterverfahren

In Mrd. Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.1, 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

wie groß die Frequenz des Außenbeitrags sein muss, damit sie als Trend gewertet werden kann. Deshalb werden hier unterschiedliche Obergrenzen ausgewählt, um eine Robustheit der Ergebnisse zu gewährleisten. Im Extremfall wird die Obergrenze sehr hoch gewählt, so dass der Band-Pass-Filter gegen einen Low-Pass-Filter konvergiert, bei dem nur sich langsam bewegende Komponenten als Trend gewertet werden. Ebenso wie der Hodrick-Prescott-Filter kann der Baxter-King-Filter bei instationären Zeitreihen angewendet werden und verursacht keine Phasenverschiebung, das heißt, die zeitliche Abfolge bleibt bei jeder Frequenz unverändert. Allerdings ist der ideale Baxter-King-Filter ein unendlicher Moving-Average-Prozess. Bei einem endlichen Datensatz kann man aber nur auf einen empirischen Filter zurückgreifen, bei dem die Lag-Länge verkürzt ist und die Gewichte sich zu null addieren. Bei der Wahl der maximalen Länge

³ Marianne Baxter und Robert King: Measuring Business Cycles Approximate Band-Pass Filters for Economic Time Series. In: NBER Working Paper, No. 5022. Washington, D.C. 1995.

der Verzögerungen besteht ein Trade-off. Die Güte der Schätzung steigt und der Schätzzeitraum verkürzt sich mit zunehmender Anzahl von Verzögerungen. Dieses Problem wird gerade für den deutschen Außenbeitrag relevant. Aufgrund des Strukturbruchs 1989 stehen nur 56 Beobachtungen zur Verfügung. Eigentlich sollte der Baxter-King-Filter wegen des kleinen Datensatzes nicht angewendet werden. Dennoch ist bei der Wahl der Konjunkturdauer von 6 bis 32 Quartalen und einer Lag-Länge von 12 ein steigender Trend zu erkennen (Abbildung K-4). Dieses Ergebnis verändert sich nicht, wenn mit 20 Verzögerungen geschätzt wird, selbst wenn man die übliche Dauer des Konjunkturzyklus drastisch verändert.

Importanteil der Exporte, die so genannte Durchfuhr, in den Werten für die Exporte nicht berücksichtigt. Exporte wie auch Importe enthalten im Unterschied zu den übrigen Komponenten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf der Verwendungsseite nicht nur Wertschöpfungsanteile, sondern auch Vorleistungen. Dem Indikatorproblem kann begegnet werden, wenn statt der Exporte der Außenbeitrag betrachtet wird. Diese Größe entspricht der Differenz von realen Exporten und realen Importen. Die im Ausland bezogenen Vorleistungen gehen in die Importe ein, werden also bei der Berechnung des Außenbeitrags automatisch von den Exporten abgezogen. Deshalb sind beim Außenbeitrag Vorleistungsimporte nicht mehr enthalten. Ein steigender Außenbeitrag ist demnach äquivalent zu einer steigenden realen Wertschöpfung im Inland, verursacht durch den Außenhandel.

Ein positiver Außenbeitrag ist nicht gleichzusetzen mit einem Überschuss in der Leistungsbilanz, der gleichfalls häufig als Indikator für Wettbewerbsfähigkeit verwendet wird. Der Leistungsbilanzüberschuss ist identisch mit einem Kapitalexport.6 Wie auch immer man einen Kapitalexportüberschuss in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes interpretieren mag, für die Beurteilung, ob sich ein Land in eine Basarökonomie verwandelt, ist nur der Außenbeitrag relevant, der schließlich eine Aussage über das reale Produktionsvolumen trifft und nicht nur über nominale Geldströme. Jede nominale Größe besteht aus einer Mengen- und einer Preiskomponente. Eine bloße Aufwertung der Währung führt - bei unverändertem Export- und Importvolumen – zu einem steigenden nominalen Außenbeitrag, da der Wert der Exporte zunimmt und der Wert der Importe fällt. Der reale Außenbeitrag aber verändert sich erst dann, wenn eine solche Aufwertung Mengeneffekte nach sich zieht, die allein für die Beschäftigungsausweitung relevant sind.

Ein positiver Außenbeitrag zeigt an, dass in Deutschland Wertschöpfung durch Außenhandel entsteht, da der Wert aller exportierten Waren und Dienstleistungen den der importierten übertrifft. Ein positiver Außenbeitrag bedeutet also, dass anders als in einer Basarökonomie Dinge nicht nur im Ausland hergestellt und im Inland verkauft

werden. Vielmehr wird mehr Wertschöpfung im Inland geschaffen als von anderswo importiert.

Ferner sind im Außenbeitrag sowohl Waren als auch Dienstleistungen – mithin die Wertschöpfungsleistung – aller Sektoren enthalten. Der einseitige Blick auf den Industriesektor verrät ein Denken in alten Strukturen. Es ist so, als hätte man vor einem Jahrhundert beklagt, dass der Agrarsektor an Bedeutung verliere und damit Deutschlands Volkswirtschaft. Da die Frage nach einer optimalen Wirtschaftsstruktur a priori aber nicht zu entscheiden ist, muss eine Deindustrialisierung nicht unbedingt "volkswirtschaftlich wenig sinnvoll" sein. Dies ist schließlich so lange kein Problem, wie die nachlassende Wertschöpfung bei Industriegütern durch eine steigende in den Dienstleistungssektoren mehr als kompensiert wird.

Deutschlands Außenbeitrag nimmt zu

Betrachtet man den realen Außenbeitrag nach 1990, so zeigt sich, dass dieser bis auf drei Quartale durchgehend positiv war. Es wurde also fast immer mehr exportiert als importiert, d. h. in diesem Zeitraum hat sich die Wertschöpfung in Deutschland durch Außenhandel erhöht. Eine Tendenz zu einer Basarökonomie müsste sich in einem fallenden Trend des Außenbeitrags zeigen. Der beobachtete Wert für den Außenbeitrag weist allerdings starke zyklische Schwankungen auf, die beispielsweise durch eine hohe Wechselkursvolatilität erzeugt werden können. So verbilligt eine Aufwertung ausländische Güter und Dienstleistungen relativ zu inländischen, wodurch einerseits die Importe steigen und andererseits die Exporte sinken. Eine nachfolgende Abwertung kann eine entgegengesetzte Auswirkung auf den Außenbeitrag haben. Zugleich kann eine im Vergleich zum Ausland schwache Konjunktur die Importnachfrage zyklisch schwächen. Die beobachteten Werte werden daher um zyklische Schwankungen bereinigt. Hierfür gibt es verschiedene Verfahren (Kasten).

⁶ Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten? München 2003, S. 73

S. 73. **7** Hans-Werner Sinn, a. a. O., S. 67.

Deutschland ist ein Gewinner der Globalisierung

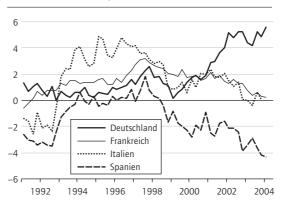
Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass der reale deutsche Außenbeitrag in den vergangenen 14 Jahren neben einem stochastischen Trend einen positiven deterministischen Trend aufwies. Mit anderen Worten: Die Wertschöpfung in Deutschland ist infolge des Außenhandels im Trend gestiegen. Vor diesem Hintergrund ist die Behauptung nicht haltbar, es würde zunehmend Wertschöpfung, die für Exporte notwendig ist, aus Deutschland in wettbewerbsfähigere Länder verlagert. Deutschland ist nicht auf dem Weg in eine Basarökonomie. Im Gegenteil, der Wertschöpfungsanteil in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, der durch Außenhandel entsteht, nimmt zu und stabilisiert damit zunehmend die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland; dies gilt sowohl absolut als auch relativ zum Bruttoinlandsprodukt.

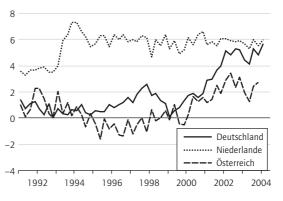
Auch im internationalen Vergleich schneidet Deutschland gut ab. Nimmt man europäische Länder, um Wechselkurseffekte weitgehend auszuschalten, zeigt sich, dass Deutschland von allen größeren Ländern den höchsten Außenbeitrag in Relation zum BIP aufweist (Abbildung 4). Insbesondere in den vergangenen Jahren hat Deutschland wesentlich höhere Zuwächse an Wertschöpfung durch den Außenhandel zu verzeichnen. Im Vergleich mit den kleineren Ländern liegt Deutschland hinter Finnland auf etwa gleicher Höhe mit den Niederlanden, aber vor Österreich und deutlich vor Portugal und Spanien. Mit anderen Worten: Es gibt keine Hinweise auf eine ausgeprägte Verlagerung von Wertschöpfung aus Deutschland heraus.

Damit ist auch die These einer abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen nicht vereinbar. Denn wenn es diese breitflächige Verlagerung nicht gibt, existiert auch deren vermeintliche Ursache, nämlich die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit nicht. Umgekehrt ist ein absolut Abbildung 4

Realer Außenbeitrag

In % des Bruttoinlandsprodukts





Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

ständig zunehmender wie auch relativ steigender Außenbeitrag nicht unproblematisch. Es ist vielmehr ein Hinweis auf sich verfestigende Ungleichgewichte im Außenhandel, die auf längere Sicht Instabilitäten insbesondere bei der Wechselkursentwicklung zur Folge haben können. Die Finanz- und Devisenmärkte dürften früher oder später auf eine ständige Vergrößerung von Exportüberschüssen reagieren und durch Aufwertung und entsprechende Zinsbewegungen eine Rückkehr zum Gleichgewicht erzwingen.

DIW Berlin



Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

DIW Berlin Wochenbericht Nr. 40/2004

TU Berlin Fachgebiet für Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik (WIP) Workgroup for Infrastructure Policy (WIP)

and

DIW Berlin

3rd International Conference on Applied Infrastructure Research

9 October 2004 at Technical University Berlin Straße des 17. Juni 135. D-10623 Berlin

The 3rd International Conference on Applied Infrastructure Research is a forum of debate between academia, practitioners and policy-makers. This year's topic is "Network Economics: Financing, Regulation and Capacity Allocation in Infrastructure Sectors."

It is our pleasure to annconce a highly interesting program, including leading European researchers, among the Prof. Bunn (London), Dr. Estache (World Bank), Prof. Crampes (Toulouse), Prof. Conrad (Mannheim), Prof. Kemfert (Humbold University Berlin and DIW Berlin), Prof. Peitz (International University), Dr. Kopp (OECD) and Dr. Burns (Frontier Economics). The keynote speeches will be given by Dr. Ulf Böge, President of the German Federal Cartel Office, Bonn, and Prof. Oz Shy (University of Haifa and WZB).

Aim

- For researchers, practitioners and policy-makers,
- to discuss recent developments in infrastructure theory and policy, ways of regulating and financing infrastructure
- in industrial, emerging and developing countries.

Session Topics

- · Network Modelling
- Regulation
- Productivity
- Telecommunication
- Transport
- Energy

Registration

Participation is free of charge. Please register by sending an email to *conference @ wip.tu-berlin.de* indicating your name, surname, affiliation, address and phone.

Contact/Information

For any information concerning this conference, please contact Carl-Friedrich Elmer (cae @ wip.tu-berlin.de, phone +49 - 30 - 314-23649) or send an email to conference @ wip.tu-berlin.de.

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank Dr. Elke Holst Jochen Schmidt Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic Tel. +49-30-897 89-249 presse @ diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH Carl-Heinrich-Becker-Weg 9 12165 Berlin Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

(unverbindliche Preisempfehlungen) Jahrgang Euro 120,– Einzelheft Euro 11,– Zuzüglich Versandspesen Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH Oranienburger Str. 172 13437 Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Abteilung
Information und Organisation zulässig.